

DISCUSSION PAPER

September 2018

Fedor Ruhose

Ein Jahr AfD im Bundestag

Wie sie arbeitet, was sie plant und wie man sie schwächt

Seit einem Jahr sitzt die “Alternative für Deutschland” im Bundestag. In dieser Zeit hat sie sich weiter radikalisiert, an Zustimmung in der Bevölkerung gewonnen und die anderen Fraktionen geschickt in Fallen gelockt. Der langjährige AfD-Beobachter Fedor Ruhose analysiert das Premierensjahr der Rechtspopulisten und macht zehn Vorschläge, wie man die Partei ganzheitlich bekämpfen und gleichzeitig die Demokratie stärken kann. Beispiele zum Umgang mit der AfD aus der politischen Praxis zeigen, wie dies gelingen kann – und wie nicht.

Einleitung

Hinter uns liegt ein verlorenes Jahr für unsere Demokratie. Die Alternative für Deutschland (AfD) sitzt nun seit zwölf Monaten im Bundestag. In den Sonntagsfragen für den Bund liegt die Partei konstant über ihrem Wahlergebnis aus 2017 von 12,6 Prozent. In die letzten bislang AfD-freien Landtage in Bayern und Hessen wird sie in diesem Jahr noch einziehen. Kurzum: Die AfD ist im politischen System der Republik angekommen. Mehr noch, es ist ihr gelungen, die politische Debatte im Land zu prägen. Immer wieder hat sie es vermocht, den Deutungsrahmen zu bestimmen, innerhalb dessen die Öffentlichkeit politische Probleme diskutiert, während die anderen Parteien verunsichert sind und nur

noch reagieren. Den Akteuren der liberalen Demokratie scheint die Kraft zum Agenda-Setting abhanden zu kommen.

Tatsächlich stehen die politischen Widersacher der AfD vor einem Dilemma: Zwar haben sie ihre Schockstarre mittlerweile überwunden und kontern manchmal sogar pfiffig die Thesen der Rechtspopulisten. Doch die gesteigerte Aufmerksamkeit führt dazu, dass die AfD ihre Themen gerade auch dadurch platzieren kann, dass andere ihr entgegentreten. Breite Berichterstattung in den Medien und zahllose Talkshow-Auftritte zeugen von diesem Erfolg.

Drei Ereignisse zeigen, dass die Zivilgesellschaft die Gefahr, die mit der AfD erwächst, erkannt hat und mutigere Schritte einfordert: Da sind die

großen Gegendemonstrationen im Mai mit über 20.000 DemonstrantInnen für eine offene Gesellschaft in Berlin sowie im September mit 65.000 Teilnehmenden in Chemnitz. Zudem kommt die überwältigend ablehnende Reaktion der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den bewussten Relativierungen von AfD-Chef Gauland im Hinblick auf die Verbrechen des Nationalsozialismus hinzu.

Die Gegenwehr der Zivilgesellschaft reicht jedoch nicht. Auch die Politik muss aus dem letzten Jahr Lehren ziehen – und vielfältige Maßnahmen ergreifen. Dieses Papier gibt der Bundesregierung, den Fraktionen und Parteien Anregungen zum Umgang mit der AfD. Wenn die EntscheiderInnen der demokratischen Politik den hier vertretenen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, können sie nicht nur die AfD zurückdrängen, sondern auch 2019 zu einem Jahr der Erneuerung und Festigung unserer Demokratie machen.

Im ersten Teil analysiert dieses Discussion Paper die Arbeitsweise der AfD im Bundestag und folgert daraus, welche nächsten Schritte sie unternehmen wird. Im zweiten Teil zeigt es drei Fallen im Umgang mit der AfD auf – und schlägt stattdessen Maßnahmen vor, um die Partei zu schwächen und unsere Demokratie insgesamt zu stärken. An mehreren Stellen präsentiert das Papier dabei gute und schlechte Beispiele für den Umgang mit der AfD.

Analyse: Wie die AfD arbeitet und was sie plant

WIE DIE AfD IM BUNDESTAG ARBEITET

Zuerst die wichtigste Feststellung nach zwölf Monaten AfD im Bundestag: Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik sitzt eine nationalradikale bis rechtsextreme Fraktion im deutschen Parlament. Einige ihrer Abgeordneten wollen das Unglaubliche: eine 180-Grad-Wende in der Erinnerungskultur unseres Landes. Konnte man den bislang nur auf Landesebene aktiven Rechtsextremisten Björn Höcke noch notdürftig kaschieren, so zeigt sich der geschichtspolitische

„Auftrag“ der AfD in den Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland, der den Nationalsozialismus als bloßen „Vogelschiss“ abtat.

„Als größter Oppositionspartei ist es der AfD gelungen, die Debatten im Bundestag nach rechts zu verlagern.“

Als größter Oppositionspartei ist es der AfD gelungen, die Debatten im Bundestag nach rechts zu verlagern. Wie zu erwarten war, nutzt sie ihre Möglichkeiten zur Skandalisierung, Polemisierung und Emotionalisierung des öffentlichen Diskurses.¹ Dagegen geraten die Stimmen aus den Regierungsparteien und der gemäßigten Opposition oftmals in die Defensive. Dieses Muster wird aller Voraussicht nach kein kurzlebige Phänomen sein: Mit Blick auf die kommenden Jahre könnte gerade eine starke AfD die Verstärkung der Großen Koalition bewirken – angesichts der festgefahrenen Beziehungskrise der Fast-Jamaika-Partner ist dies sogar sehr wahrscheinlich. Freilich zeigt der Eskalationskurs der CSU vor der Bayern-Wahl zugleich, wie fragil die Nicht-mehr-wirklich-große Koalition geworden ist.

Bislang gelingt es der AfD mit ihrer Skandalisierungs- und Provokationsstrategie zwar, die Mechanismen der Aufmerksamkeitsökonomie perfekt zu beherrschen. Doch in keinem Parlament unserer Republik kann sie bislang andere Fraktionen für ihre Ideen begeistern oder den professionellen Parlamentsbetrieb nachhaltig stören. Auch das ist ein Erkenntnis ein Jahr nach der Bundestagswahl. Wie arbeitet die AfD-Fraktion im Detail? Vier Beobachtungen ihrer Arbeit zeigen, wie sie das parlamentarische System in Deutschland verändert.

1. Die AfD diffamiert die anderen Fraktionen und untergräbt deren Glaubwürdigkeit

Mit Fotos aus dem leeren Plenarsaal suggeriert die AfD, dass nur sie für „das Volk“ arbeite, während alle anderen es angeblich nicht ernst nehmen würden. Wichtige parlamentarische Wahlgänge, wie diejenigen über das Kanzleramt, werden mit Fotos von Wahlzetteln in der Toilette lächerlich gemacht. Landes- und

1. Vgl. Ruhose, Fedor (2017). „Umgang mit der AfD im parlamentarischen Alltag: 15 Handlungsempfehlungen aus der Praxis“. Das Progressive Zentrum. <http://www.progressives-zentrum.org/umgang-afd-bundestag-15-empfehlungen/>

Bundespolitiker der AfD folgen der Gaulandschen Forderung, die demokratischen Parteien zu „jagen“ und kündigen an, Politikerinnen und Politiker anderer Fraktionen „zur Rechenschaft zu ziehen“.

2. Die AfD polarisiert, um Debatten für die Sozialen Medien zu produzieren

In jeder einzelnen Sitzungswoche versucht die AfD die Zuspitzung des öffentlichen Diskurses im Land voranzutreiben – ob mit ihrer Auswahl von Überschriften zu Aktuellen Stunden wie „Linksextreme Gewalttaten gegen die politische Betätigung demokratischer Parteien“ oder indem sie einen Ausschuss zur Untersuchung der angeblichen Verfehlungen der Bundesregierung in Bezug auf die Flüchtlingspolitik verlangt. Krass zugespitzte Aussagen am Rande des politischen Anstands unterstreichen, dass die AfD an der für sie laut Meinungsumfragen erfolgreichen Strategie der Diskurspolarisierung festhält.

3. Die AfD macht völkisches Vokabular salonfähig und verschiebt die Debatte nach rechts

In ihren Wortbeiträgen testen AfD-Abgeordnete auf Bundes- und Landesebene regelmäßig mit bewussten Äußerungen die Grenzen aus und versuchen damit, die Debatte insgesamt weiter nach rechts zu verschieben. Nachgeschoben werden jeweils die üblichen Rechtfertigungen, man sei wieder einmal mal falsch verstanden worden. Der Erfolg dieser Strategie beruht auch darauf, dass Akteure der demokratischen Politik (besonders auf der konservativen Seite) den Deutungsrahmen, die Narrative und die Rhetorik der AfD teilweise übernehmen und damit de facto unterstützen.

4. Die AfD verpasst ihrem gesellschaftlichen Hass oftmals den Deutungsrahmen der Emanzipation

Die AfD setzt jegliche Zuwanderung gleich mit wachsender Unsicherheit. Außerdem instrumentalisiert sie sexualisierte Gewalt und dramatische Tötungsdelikte, um sich als Beschützerin deutscher Frauen zu stilisieren. Sie verfolgt auch hier ihre Bündnispolitik und stärkt ihre Verbindungen zu rechten Initiativen wie „Pegida“, „Kandel ist überall“, den „Marsch der Frauen“ oder „120 Dezibel“. Diese Initiativen wenden sich unter dem Label der Bürgerbewegung gegen angebliche Überfremdung sowie Gewalt und Missbrauch durch Menschen mit

Migrationshintergrund. Sie treten oftmals sehr aggressiv auf und weisen teilweise Überschneidungen mit dem verfestigten rechtsextremistischen Milieu auf.

WAS DIE AfD ALS NÄCHSTES PLANT

Die Ausgangslage verheißt nichts Gutes: Diejenigen Themen, die die AfD stark machen, bestimmen weiterhin die politische und mediale Agenda. Gleichzeitig radikalisiert sich die Partei nach außen und nach innen immer weiter.

Ehemals (vermeintlich) moderate Kräfte der AfD verschärfen – vermutlich auf der Grundlage einer strategischen Abwägung – den Ton vor allem gegen progressive Akteure. Dadurch versucht die AfD, ihre rechte Anhängerschaft zu stabilisieren. Zugleich strebt sie an, auch in anderen Milieus Zugewinne zu Lasten der demokratischen Parteien zu erzielen. In einem entlarvenden Interview mit dem „Tagesspiegel“ gab der Berliner Landesvorsitzende und ehemalige Kandidat für den Bundesparteiivorsitz Georg Pazderski Einblick in die Strategie, die dahinter steckt: „Die AfD muss vor Ort auf unterschiedliche Situationen unterschiedliche Antworten finden. So kann man die Arbeit der AfD in Flächenländern wie Brandenburg, Thüringen oder Sachsen nicht mit der in Großstädten wie Berlin, Hamburg oder München vergleichen. Berlin ist eine sehr heterogene, kosmopolitische Stadt, es gibt hier viele Minderheiten. Wenn Sie in einer Millionenmetropole Erfolg haben wollen, müssen Sie das berücksichtigen.“² Daher verfolgt die AfD die Doppelstrategie, ihre Wählerkoalition aus überzeugten Rechtsextremisten einerseits sowie von den anderen Parteien enttäuschten ProtestwählerInnen und Nationalkonservativen andererseits zu stabilisieren. Rechts-extreme Äußerungen werden daher nicht aus Überzeugung innerparteilich bekämpft, sondern allenfalls dann geahndet, wenn sie bei Wahlen Nachteile zur Folge haben könnten.

Zudem baut die Partei ihre gesellschaftlichen Netzwerke aus. Mit der AfD zogen auch die vielen Institute und Vereinigungen der Neuen Rechte in den Bundestag ein. In Österreich spricht man aufgrund der Regierungs-beteiligung der FPÖ von einer „Stillen Machtergreifung“

2. Fiedler, Maria & Ringelstein, Ronja (2018). „Es ist manchmal sehr ermüdend“. Der Tagesspiegel. www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-afd-landes-und-fraktionschef-im-interview-es-ist-manchmal-sehr-ermuedend/21249816.html

(Hans-Henning Scharsach).³ Viele MitarbeiterInnen der AfD-Bundestagsabgeordneten und auch der Fraktionen in Bund und Ländern sind nachgewiesenermaßen eng mit Kräften der Neuen Rechten wie der Identitären Bewegung, dem Institut für Staatspolitik und anderen Vereinigungen verbunden. Auch Pegida findet wieder Anschluss in der AfD, wie die gemeinsamen Aufrufe zum Protest in Chemnitz nach der Tötung eines jungen Mannes gezeigt haben. Parteibeschlüsse zur Unvereinbarkeit von AfD-Mitgliedschaft und dem Engagement in rechten Kreisen erweisen sich als porös.

„Die Doppelstrategie der AfD ist es, ihre Wählerkoalition aus überzeugten Rechtsextremisten einerseits sowie von den anderen Parteien enttäuschten Protestwählern und Nationalkonservativen andererseits zu stabilisieren.“

Die nächste Stufe der AfD-Strategie zielt auf eine kulturelle Wende, die Durchsetzung einer revisionistischen Geschichtsauffassung und die Spaltung der Gesellschaft. Nach der Aussage Gaulands auf einem Treffen der „Jungen Alternative“, derzufolge die NS-Diktatur in der Geschichte Deutschlands nur einen „Vogelschiss“ dargestellt habe, muss allen klar sein: Die Führung dieser Partei ist völkisch bis rechtsextrem eingestellt. Jüngstes Beispiel dafür ist die Solidarisierung und Beteiligung der AfD-Führung an den rechten Aufläufen in Chemnitz, in deren Verlauf unter anderem der Hitlergruß gezeigt wurde. Alice Weidel hat in ihren Reden zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin aus Anlass der Bildung der Großen Koalition sowie in den Haushaltsberatungen ebenfalls Muster rechtsextremer Rhetorik genutzt.

3. Scharsach, Hans-Henning (2017). „Stille Machtergreifung: Hofer, Strache und die Burschenschaften“. Kremayr & Scheriau.

Wie die AfD geschwächt und unsere Demokratie gestärkt werden kann

DIE DREI FALLEN IM ÖFFENTLICHEN DISKURS

Viele Akteure diskutieren darüber, wie sie mit der Strategie der AfD umgehen sollten und worin die beste Antwort auf die neue Stufe ihrer Radikalisierung liegen würde. Weit gekommen sind sie dabei nicht. Das liegt an den drei grundlegenden Fehlern, die viele etablierte Kräfte in der Auseinandersetzung machen. Sie wurden von den Rechtspopulisten in Fallen gelockt, aus denen sie sich jetzt befreien müssen.

1. Die Rechtfertigungsfälle

Dieses Phänomen zeigte sich erstmals prominent in der Rede von Bastian Hermisson auf dem Grünen-Bundestagsparteitag Ende 2016.⁴ Der Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington führte dort sehr treffend aus, dass die Grünen aus der Wahl von Trump in Amerika lernen müssten. Viele der gesellschaftspolitischen Themen der politischen Linken seien zwar wichtig gewesen, hätten aber die Menschen in den wirtschaftlich unter Druck geratenen Regionen verschreckt und im amerikanischen Fall den Populisten in die Arme getrieben. Im Umkehrschluss gilt für alle, die diese Analyse teilen, die Feststellung von Sigmar Gabriel: „Umwelt- und Klimaschutz waren uns manchmal wichtiger als der Erhalt unserer Industriearbeitsplätze“.⁵ Diese Zuspitzung hat besonders auf Seiten der SPD und der Linkspartei viele Kräfte gebunden – und oftmals gelähmt. Derzeit steht jede Forderung nach der Fortsetzung gesellschaftlicher Modernisierung unter dem Verdacht, den Populisten in die Hände zu spielen. Diese Rechtfertigungsfälle ist Fehler Nr. 1. Denn wie können demokratische Widersacher der AfD unter diesen Voraussetzungen jemals ihr eigenes politisches Profil schärfen? Wie könnten sie für eigene gesellschaftliche Entwürfe werben, wenn sie immer das Gefühl haben, sich rechtfertigen zu müssen?

4. Hermisson, Bastian (2016). „Jetzt gilt es“. Heinrich-Böll-Stiftung. www.boell.de/de/2016/11/18/jetzt-gilt-es-bastian-hermisson-ueber-die-konsequenzen-aus-dem-wahlsieg-trumpf-0

5. Gabriel, Sigmar (2017). „Sehnsucht nach Heimat: Wie die SPD auf den Rechtspopulismus reagieren muss.“ Spiegel Online. <http://www.spiegel.de/spiegel/sigmar-gabriel-wie-die-spd-auf-den-rechtspopulismus-reagieren-muss-a-1183867.html>

2. Die Moralisierungsfalle

Oftmals hört man weiterhin, dass die Progressiven den Kontakt zu den Menschen verloren hätten. Aufgrund ihrer angeblichen „Hypermoral“ (wie es Arnold Gehlen, ein Säulenheiliger der reaktionären Kräfte in Deutschland, formulierte) hätten sie nicht nur auf die falschen Themen gesetzt, sondern auch den emotionalen Graben zwischen „der Politik“ und „den Menschen“ vergrößert. Die Folgerung lautet, dass diese Menschen nur wieder für eine moderne Politik gewonnen werden können, wenn diese sich dem vermeintlichen Bürgerwillen anpasse. Ein weiterer Erklärungsansatz lautet, dass AfD-WählerInnen sich ausgegrenzt fühlten oder ausgegrenzt seien. Diese Erklärung wird vor allem mit Bezug auf Ostdeutschland angeführt.

Sollten wir also zukünftigem Fortschritt Einhalt gebieten wegen einer moralisierenden Politik und angeblicher Sprechverbote? Das wäre zu einfach. Denn eines zeigen die Erfahrungen aus dem Streit zwischen den Unionsparteien über die Flüchtlingspolitik deutlich: In Deutschland sind im letzten Jahr viele moralische Grenzen eingerissen worden. Im Ergebnis steht die AfD weiterhin stark dar – und hat es zugleich geschafft, dass in Zeiten, die starke moralische Antworten bräuchten, viele Menschen verlangen, die Politik solle sich nicht mehr auf Moral und Werte berufen. Die Folgerung von AfD-Konkurrenten, dass sie nun ebenfalls von der „Hypermoral“ wegkommen müssten, führt eben nicht dazu, dass sich AfD-Wähler wieder von der rechtspopulistischen Partei abwenden. Die Bundestagswahlumfragen

Aus der Praxis: **Agenda-Cutting vermeiden**



Die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping hat mit ihrer Tour durch Sachsen sowie der Aussprache der Gefühlswelt in Ostdeutschland gezeigt, dass Missstände ohne Ressentiments angesprochen werden können.



Agenda-Cutting heißt nicht, blind AfD-Themen zu übernehmen. Im Jahr 2018 sind CSU und CDU abschreckende Beispiele, was passiert, wenn man es falsch macht.

unmittelbar im Anschluss an das Sommertheater von CDU/CSU 2018 zeigen deutlich, dass eine solche Reaktion der „Etablierten“ vielmehr direkt auf die AfD zurückgeführt wird.⁶ „AfD wirkt“, heißt es dann auf Twitter. Anstatt die AfD zu schwächen, hat man sie weiter gestärkt. Dies nicht zu erkennen, ist Fehler Nr. 2 der etablierten Politik.

3. Die Diskursfalle

Ein Ratschlag aus dem Diskussionspapier, das Das Progressive Zentrum 2017 zum Umgang mit der AfD vorlegte, lautete: „Kein Agenda-Cutting betreiben.“⁷ Dieser Ratschlag wird oft missverstanden. Er sagt aus, Probleme nicht allein deshalb zu verschweigen oder Themen deshalb zu ignorieren, weil die AfD diese setzt. Er bedeutet aber gerade nicht, aus Angst vor dem weiteren Aufstieg der AfD einfach blind AfD-Themen und AfD-Jargon zu übernehmen. Tut man dies, ist man in die Diskursfalle getappt. Am Ende führt ein solches Verhalten nämlich dazu, dass sich Sprache und Politik auch anderer politischer Kräfte dem Sound der AfD annähern. Die AfD hat dafür ihre Stilmittel: Sie aktualisiert alten Nazi-Jargon und die Moralisierungsfalle hilft dabei, ihn sagbar zu machen. Die AfD kehrt Begriffe um und schafft es, dass sie Demokratie exklusiv für Deutsche besetzen kann. Ihr gelingt es auch, das Mittel der Pauschalisierung als normal im Diskurs zu etablieren – im „Asyltourismus“ der CSU ist für die Betrachtung einzelner Schicksale kein Platz. So wird vieles sagbar. Das wiederum führt dazu, dass sich Themen der AfD in der gesellschaftlichen Mitte festsetzen.

Diese drei Fallen führen mit dazu, dass sich die AfD stärker etablieren kann, als es ihre inneren Streitigkeiten unter normalen Umständen ermöglichen würden. Gleichzeitig ist die Toleranz von AfD-WählerInnen gegenüber ihrer Partei hoch. Natürlich sind auch die sozialen Missstände oder das Gefühl der Zurücksetzung so stark, dass ihre WählerInnen nicht ohne Weiteres wieder andere Parteien unterstützen. Im Ergebnis führt diese Entwicklung dazu, dass die etablierten Kräfte selbst dafür sorgen, dass Themen, die ihnen wichtig sind, kaum mehr stattfinden.

6. Die AfD gewann in den Umfragen aller Institute im Juli 2018 dazu. Wahlumfragen.org. „Wahlumfragen für die Bundestagswahl in Deutschland“. https://www.wahlumfragen.org/bundestagswahl/wahlumfragen_bundestagswahl.php

7. Vgl. Fußnote 1.

WIE DIE AFD BEKÄMPFT UND UNSERE DEMOKRATIE GESTÄRKT WERDEN KANN

2019 ist das Jahr der Europawahl. Es wird sich zeigen, ob die AfD zu ihren europäischen Partnern aufschließen kann – oder ob es uns gelingt, aus Deutschland heraus ein Signal gegen Populismus und für Weltoffenheit und Zusammenhalt zu setzen. Die europäischen Partner der AfD heißen Matteo Salvini und Hans-Christian Strache. Sie stehen für einen Kurs der brutalen Abschottung gegen Flüchtlinge. Halten wir die AfD schwach, dann können wir aus Deutschland ein positives Signal an die europäischen Freunde senden.

“Da der Aufstieg der AfD unterschiedliche Gründe hat, muss dieser Partei auch auf vielen Feldern gleichzeitig begegnet werden.“

Bei den ebenfalls 2019 anstehenden Wahlen in Ostdeutschland wird sich überdies zeigen, ob wir 100 Jahre nach Entstehung der Weimarer Republik erneut Landesregierungen mit einer nationalradikalen Beteiligung sehen werden – und ob es dazu überhaupt noch parlamentarische Alternativen gibt. Um diese zu ermöglichen, müssen die progressiven Kräfte nach gemeinsamen Formaten suchen, um liberale Werte, sozialen Zusammenhalt und unsere Demokratie selbst zu stärken – bei aller notwendigen Unterscheidbarkeit.

Aus der Praxis: Demokratieverständnis der AfD entzaubern



Die AfD muss auf Druck investigativer Recherche auf die fragwürdige Finanzierung durch ihren Unterstützerverein „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheit“ in Zukunft verzichten.



Die AfD hat noch in keinem Parlament eine Initiative für die Stärkung der Demokratie eingebracht – warum thematisiert dies keine Bundestagsfraktion?

Nennen wir die AfD beim Namen!

Die AfD hat eine neue Form der Radikalisierung gewählt. Sie ist keine rechtspopulistische Partei mehr im Sinne des Begriffs, wie er in Deutschland verstanden wird. Im Englischen würde man sagen, dass die AfD zur Parteienfamilie der *“Populist Radical Right”* gehört, was ihren Wesenskern besser verdeutlicht. Die Partei wird getragen von einer Ideologie, die Wilhelm Heitmeyer als **“autoritären Nationalradikalismus”** bezeichnet. Es geht der AfD in erster Linie um die autoritäre Wiederherstellung vermeintlich verlorener Kontrolle über das eigene Leben, über soziale Bedingungen und Landesgrenzen. Sie will die Politik und den Diskurs radikal nach rechts verschieben. Auch wenn in diesem Papier von *“Rechtspopulismus”* gesprochen wird, müssen wir für die sich radikalisierende AfD zukünftig einen anderen, genaueren Begriff finden. Damit können wir präziser darlegen, wo und warum die AfD an den Grundfesten unserer Gesellschaft kratzt.

Bestimmen wir wieder die politische Tagesordnung!

Das Strategiedilemma im Angesicht der AfD kann nur dann aufgelöst werden, wenn die anderen politischen Kräfte ihre Fähigkeit zurückgewinnen, die politische Tagesordnung zu dominieren. Die Möglichkeiten sind da: Viele Umfragen zeigen, dass die Leute mehr über **Pflege, Rente und Bildung** in der politischen Arena diskutieren wollen und weniger über Flüchtlinge. Dazu müssen diese Themen aber auch effektiver kommuniziert werden: Konflikte benennen und auf sie eingehen, politische Themen emotionalisieren und eigene Sprachbilder entwickeln. Darüber hinaus gilt: Die Flüchtlingsdebatte kann man weder abräumen noch totschweigen – aber man muss sie vom kulturellen ins sozialpolitische Diskursfeld verlagern. Statt darüber zu reden, ob erst Deutschen und dann MigrantInnen geholfen werden sollte, müssen wir darüber reden, warum Menschen bei uns überhaupt in Armut leben müssen.

Hören wir zu und handeln wir!

Der Vorwurf gegen die etablierten Parteien ist deutlich: Sie hätten den Bezug zu den Menschen verloren. Dies äußert sich in hohen Wahlergebnissen für die

Aus der Praxis:
Die AfD in Alltagsfragen stellen



Das Thema Wohnen und Mieten diskutieren zuletzt wieder viele Parteien verstärkt – außer der AfD. Diese hat nämlich keine Kompetenz auf diesem Feld. Weiter so.



Die Diesel-Politik der Großen Koalition ermöglicht der AfD ein weiteres populäres Politikfeld – ohne Not!

völkisch-autoritäre AfD. Umso wichtiger ist, diese Hinweise ernst zu nehmen. Lassen wir uns von den Fake-Debatten der AfD ablenken, dann besteht die Gefahr, dass sie uns auch andere Themen wegschnappt – zum Beispiel die Sozialpolitik. Deshalb gilt: **Vor Ort sein und zuhören** ist wichtig. Initiativen wie die Reise der Integrationsministerin von Sachsen oder die Heimatkampagne und Quartiersarbeit der SPD in Rheinland-Pfalz zeigen, wie es geht. Aber: Zuhören allein reicht nicht. Die Menschen wollen anerkannt und ernst genommen werden. Sie haben die Erwartung an die Politik, dass endlich Konkretes in ihrem Sinne vor Ort umgesetzt wird.⁸

Stellen wir uns der Aufgabe der Integration!

Besonders in den Städten stellen sich die Probleme der Integration jeden Tag. Die Zuwanderung der Jahre 2015 und 2016 hat die Aufgabe noch einmal vergrößert. Darum brauchen wir einen Plan zur Stärkung der Integration. Hier ist die Kompetenz der Kommunalpolitiker und ihrer Spitzenverbände gefordert. Gemeinsam mit diesen Meistern des Integrationsalltags sollte die Bundesregierung das Jahr 2019 nutzen und einen umfassenden **Integrationsplan** entwickeln. Nur so werden auch andere Antworten als die allzu einfachen der AfD durchdringen. Bisher wird dieses wichtige Thema leider nur im Stil der AfD diskutiert. Ob in den Parlamenten, in Talkshows oder Zeitungen – überall wird suggeriert, dass der Flüchtlingszuzug immer noch dramatisch hoch sei. Der „gefühlten Unsicherheit“ wird viel Platz eingeräumt. Das Thema Integration aufgreifen

8. Der Wunsch nach Kümmerern wurde in der Studie „Rückkehr zu den politisch Verlassenen: Studie in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich“ mehrfach geäußert. Hillje, Johannes (2018). Das Progressive Zentrum. www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen

heißt aber, positiv zu zeigen, dass es geht und wie es geht (wofür es viele gelungene Beispiele gibt), ohne andererseits die „Risiken und Nebenwirkungen“ unter den Tisch fallen zu lassen.

Führen wir endlich das große demokratische Gespräch über die Stärken einer sozialen und liberalen Demokratie!

Die AfD steht für eine andere Republik und für ein anderes Europa. Sie hat unter ihren Anhängern eine starke kollektive Identität erzeugt, indem sie diese auf anti-pluralistische Feindbilder „gegen Alt-Parteien und Alt-Medien“ eingeschworen hat. Wo bleibt dagegen die kollektive Identität derjenigen Kräfte, die sich zur Rettung und Erneuerung unserer demokratischen Republik bekennen?

“Nicht hinterherlaufen, sondern wieder voranschreiten – darauf kommt es an.”

Dass Bundestagsdebatten „viral gehen“ ist zwar gut. Aber sie erhalten vor allem dann Aufmerksamkeit, wenn demokratische Parlamentarier auf AfD-Provokationen reagieren. Dabei ist die (noch schweigende) Mehrheit der Menschen proeuropäisch eingestellt. Diese müssen wir motivieren, in der Gesellschaft wieder das Wort zu ergreifen. Ein guter Vorsatz für das zweite Jahr dieser Wahlperiode sollte sein, dass sich die Gesellschaft mit **Themen beschäftigt, die von progressiven Kräften auf die Tagesordnung** gesetzt wurden. Nicht hinterherlaufen, sondern wieder voranschreiten – darauf kommt es an.

Aus der Praxis: **Präsenz vor Ort zeigen**



Die SPD Rheinland-Pfalz hat seit Beginn des Jahres 2018 ein Quartiersbüro in Ludwigshafen.



Durch das Ausscheiden ihres Bundestagsabgeordneten musste die SPD Köln Ende 2017 aus Kostengründen das Bürgerbüro in Köln-Porz aufgeben – ein Stadtteil, in dem „Kümmern“ eine große Aufgabe ist.

Aus der Praxis:
Auseinandersetzungen hart, aber fair führen



Mit pfiffigen Bundestagsreden die Banalitäten der AfD aufdecken. Lohnenswert: Cem Özdemir im Bundestag oder auch FDP-Chef Hans-Ulrich Rülke in Baden-Württemberg.



Wahl des Alterspräsidenten des Bundestages: Die anderen Fraktionen haben die Wahlordnung geändert, um einen AfD-Alterspräsidenten zu verhindern.

Stärken wir die breite gesellschaftliche Allianz!

Wir brauchen Mut zum Konflikt. **Wir müssen aufstehen gegen jede Art von Rechtsradikalismus**, uns gegen jede sprachliche Verrohung der Gesellschaft wehren. Die AfD profitiert in ihren Hochburgen mitunter auch von einer lokalen politischen Kultur, die Demokratieskepsis stärkt und teilweise Rechtsextremismus mindestens toleriert. Dagegen muss die schweigende Mehrheit aktiv aufstehen. Progressive müssen zivilgesellschaftliche Initiativen stärken, laut vernehmbar für Toleranz und Offenheit streiten. Dass Familienministerin Franziska Giffey die Projekte des „Demokratie leben“-Programms dauerhaft etabliert, ist genau das richtige Zeichen. **Breite Bündnisse** gegen die AfD-Ver-einnahmung des Mordes in Kandel Ende 2017 zeigen, wie wirkmächtig die liberale Gesellschaft sein kann. Schritt für Schritt wurde klar gemacht, dass die Menschen in der Südpfalz mehrheitlich für Toleranz und Offenheit eintreten. In Chemnitz oder Berlin war die zivilgesellschaftliche Mobilisierung zahlenmäßig sogar eindrucksvoller. Daraus sollten stetige Initiativen wachsen. Die demokratischen Parteien müssen dabei deutlich Flagge zeigen.

Fördern wir unsere Regionen!

Deutschland diskutiert die Abschaffung des Soli. Gleichzeitig wachsen in Ost- und Westdeutschland die Aufgaben in vielen Bereichen wie der Bildung oder der Infrastruktur. Natürlich wird mehr Geld allein weder die Probleme des Landes lösen noch den Spuk der AfD vertreiben. Und doch ist klar: Wir brauchen in der

Politik neue Wege. In der Wissenschaftspolitik sollte über **neue Hochschulen** in Deutschland nachgedacht werden. Gleichzeitig sollten sich Bund und Länder über eine **neue Standortverteilung von Behörden** austauschen. Den beides – Wissenschaftsinstitute und öffentliche Behörden – sind wichtige Standortstärkungen. Allerdings braucht es Zeit, bis sie ihre Wirkung in strukturschwachen Regionen entfalten.

Zudem sollte über ein weiteres **Infrastruktur-Stärkungsprogramm** explizit für die am schlimmsten verschuldeten Kommunen nachgedacht werden. Regionale Entwicklungspläne um diese Kommunen herum könnten vielen dieser Orte wieder eine Perspektive geben und Regionen attraktiv machen, die gerade auch im Hinblick auf ihre Lebensqualität den Wettbewerb um die Köpfe verlieren.

Erzeugen wir ein positives Europa-Gefühl!

Die Europäische Union ist Projektionsfläche für viele Vorurteile. Gleichzeitig ist vieles Positive in Deutschland ohne die EU überhaupt nicht denkbar. Die Europa-Skepsis müssen wir überwinden, damit den Nationalradikalen etwas entgegengesetzt wird. Das darf nicht naiv geschehen, denn die EU ist weder ausreichend

Aus der Praxis: **Rote Linien ziehen**



Das vereinte Auftreten der Sozialverbände gegen die infame Kleine Anfrage der AfD zu vermeintlichen Zusammenhängen zwischen Behinderung und Zuwanderung.

Auch das starke Signal der Landespressekonferenz in Brandenburg gegen den Ausschluss eines BILD-Journalisten aus AfD-Pressekonferenzen zeigt, wie man zusammenstehen kann.



Der Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Anfang 2018, eine Zusammenarbeit sowohl mit der AfD als auch mit Die Linke auszuschließen. Bei allen ideologischen Gräben: eine solche Gleichsetzung schwächt das breite Bündnis gegen Demokratiefeinde.

sozial noch erfüllt sie bislang unsere Ansprüche an eine Demokratie. Aber es sollte in Deutschland Tradition werden, dass aus EU-Mitteln finanzierte Maßnahmen vor Ort mit kleinen **Europa-Feiern** begrüßt oder begleitet werden. Initiativen wie **Free-Interrail** stärken ebenfalls ein positives Europa-Gefühl. Aufgrund solcher kleinen Maßnahmen wird „Brüssel“ greifbarer. Sie machen anschaulich, was Europa „uns bringt“ – im Gegensatz zu Meta-Debatten über die Zukunft der EU. So schaffen wir Orte, an denen positiv über Europa gesprochen wird. Das „Gefühl Europa“ muss ausgeprägt, der Bezugspunkt Europa für die Menschen in Deutschland wieder nahbar werden.

Investieren wir in politische Bildung!

Rechtspopulismus – auch in der verschärften Form der AfD – bedarf anderer Antworten in der politischen Bildung als die Auseinandersetzung mit dem klassischen Rechtsextremismus. Das hat auch damit zu tun, dass die Sprache und die Positionen der Populisten von vielen Menschen unachtsam übernommen werden. Die „Neuen Rechten“ sind salonfähig und nutzen ihre Wirkungsmacht. Politische Bildung muss darauf reagieren und mit finanziellen Mitteln gestärkt werden. Sie muss wieder stärker die Funktionsweise und die Vorzüge der liberalen Demokratie erklären und verbreiten. Warum dauern Entscheidungsprozesse in repräsentativen Systemen länger? Warum ist es wichtig, auch Minderheiten in diese einzubeziehen? Was sind die Gefahren reiner Mehrheitsentscheidungen? Was schützen die demokratischen Institutionen? Warum ist es wichtig, dass Politik professionalisiert ist?

“Politische Bildung muss wieder stärker die Funktionsweise und die Vorzüge der liberalen Demokratie erklären und verbreiten.”

Nehmen wir die Interessen Ostdeutschlands endlich ernst!

Vieles nach dem Mauerfall ist für die Menschen in den neuen Bundesländern nicht gut gelaufen. Das muss endlich thematisiert werden. Stattdessen schafft die Große Koalition den „Soli“ ab. Die Initiativen der

sächsischen Integrationsministerin Petra Köpping gehen in die richtige Richtung. Sie hat Recht: Gefühle und tatsächliche Ungerechtigkeiten in der Nachwendzeit sind maßgeblich mitverantwortlich für das Misstrauen gegenüber „dem System“ und der liberalen Demokratie.

Fazit: Wir müssen eine Kultur der Gleichwertigkeit schaffen!

Wir brauchen in Deutschland wieder eine **Kultur der Gleichwertigkeit**. Die AfD lebt von der Abwertung. Darum müssen wir ihrer Politik der Angst eine Politik der Zuversicht entgegenstellen. Das ist die alternative Erzählung, hinter die sich die breite Gesellschaftsmehrheit bei allen Unterschieden versammeln kann. Notwendig ist eine umfassende Integrationspolitik für alle, die zurückgesetzt sind. Wir brauchen klare Stimmen für Offenheit, für Zusammenhalt und für Anerkennung. Die Rolle dieser sogenannten „Gate Keeper“ ist für die Demokratie ungemein wichtig, wie die beiden Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt in ihrem Buch „Wie Demokratien sterben“ belegen.⁹

Davon brauchen wir viele. Sie stehen auch dann für die Demokratie zusammen, wenn sie unterschiedlicher Auffassungen sind. Wie es gehen kann, dafür sind hier Vorschläge gemacht worden – für die unterschiedlichsten Politikfelder. Denn nur so kann man dem schleichenden Gift der Nationalradikalen entgegentreten: gemeinsam, entschlossen und umfassend.

Die Zeit ist knapp, denn unsere Gesellschaft und unser politisches System sind in einem Prozess des umfassenden Wandels. Im Jahr 2019 entscheiden nicht nur drei Landtagswahlen über den weiteren Weg Ostdeutschlands drei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution. 2019 wird mit der Europawahl auch die zentrale Frage aufgeworfen, welches System in Europa eine Zukunft hat: Die soziale und liberale Demokratie oder eine illiberale, am vermeintlich kollektiven „Volkswillen“ orientierte, autoritäre Herrschaftsform. Diesen Kampf müssen wir aufnehmen, führen und gewinnen.

9. Levitsky, Steven & Ziblatt, Daniel (2018). „Wie Demokratien sterben“. Deutsche Verlags-Anstalt

Der Autor



Fedor Ruhose ist Policy Fellow bei *Das Progressive Zentrum* und beschäftigt sich dort schwerpunktmäßig mit der Zukunft der Demokratie und Bund-Länder-Beziehungen. Dabei konzentriert er sich auf die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus sowie der Entwicklung von Gegenstrategien für die progressiven Kräfte. Für diese ist auch die Vernetzung von progressiven Akteuren der Landes- und Bundesebene ein wichtiges Element: um voneinander zu lernen und ein gemeinsames Vorgehen für ebenenübergreifende Herausforderungen zu erarbeiten.

Hauptberuflich ist Fedor Ruhose Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz. Davor war der Diplom-Volkswirt in unterschiedlichen Funktionen im Leitungsstab der Ministerien für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sowie für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz tätig.

Tiefergehende Analyse:

**„Die AfD im Deutschen Bundestag:
Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur“**



Autor: Fedor Ruhose
Verlag: Springer Fachmedien
Wiesbaden

Ein Jahr Alternative für Deutschland (AfD) im Deutschen Bundestag – dieses Buch zieht Bilanz. Es gibt einen Überblick über den bisherigen Auftritt der AfD und untersucht die strategischen Überlegungen der Partei hinter ihrem Verhalten und ihrem Auftritt im Parlament sowie ihre politischen Initiativen. Der Autor gibt Handlungsempfehlungen für einen neuen parlamentarischen Umgang mit einer sich zunehmend weiter radikalisierenden AfD.

gischen Überlegungen der Partei hinter ihrem Verhalten und ihrem Auftritt im Parlament sowie ihre politischen Initiativen. Der Autor gibt Handlungsempfehlungen für einen neuen parlamentarischen Umgang mit einer sich zunehmend weiter radikalisierenden AfD.

Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit Sitz in Berlin. Ziel von *Das Progressive Zentrum* ist es, gemäß dem Dreiklang „Vordenken – Vernetzen – Streiten“ fortschritts- und innovationsorientierte Politikideen in die öffentliche Debatte und auf die politische Agenda zu bringen. Wir wollen dazu beitragen, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei beziehen wir besonders junge, verantwortungsbewusste VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten und Discussion Paper ein.



Die *Discussion Papers* von *Das Progressive Zentrum* richten sich insbesondere an politische EntscheidungsträgerInnen und EntscheidungsvorbereiterInnen in Ministerien, Parlamenten und Parteien, aber auch an Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Erklärtes Ziel ist es, drängende Herausforderungen zu adressieren und mit neuen Perspektiven, programmatischen Ideen und präziser Argumentation konkrete Impulse für eine fortschrittliche und gerechte Politik in Deutschland und Europa zu liefern.

Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des *Progressiven Zentrums* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2018

Ausgabe: September 2018

Redaktion: Dr. Tobias Dürr, Vincent Venus

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
www.facebook.com/dasprogressivezentrum
twitter: @DPZ_Berlin

Design: 4S & Collet Concepts | Layout: Daniel Menzel

Wir denken weiter.